Vortrag: Beginnende Revolution im Iran? – Aktuelle Lage, historische Wurzeln und der Informationskrieg des Regimes
60-Minuten-Manuskript – Stand 1. Februar 2026

Einleitung & aktuelles Lagebild Iran (ca. 7 Minuten)

Guten Abend, liebe Freundinnen und Freunde.
Vielen Dank, dass Sie heute Abend hier ins Unterhaus Oberhausen gekommen sind – trotz Kälte, trotz Alltag, trotz der vielen Stimmen, die uns täglich umgeben. Es ist der 1. Februar 2026. Ein Datum, das in die Geschichte eingehen könnte. Denn seit dem 28. Dezember 2025 strömen täglich Menschen auf die Straßen – quer durch alle 31 Provinzen. Sie fordern nichts weniger als den Sturz des islamistischen Regimes.

Alles begann mit Streiks im Teheraner Grand Bazaar – ausgelöst durch einen kollabierenden Rial, explodierende Brotpreise, eine Wirtschaft, die atemlos zusammenbricht. Daraus wurden Massenproteste in über 400 Städten. Trotz brutaler Repression: Schätzungen sprechen von Tausenden Toten – offiziell 3.117, inoffiziell bis zu 36.500 –, über 41.880 Verhafteten und landesweiten Internet-Blackouts seit dem 8. Januar, die täglich 37 Millionen US-Dollar kosten. Der EU-Rat hat kürzlich neue Sanktionen gegen 15 Personen und sechs Entitäten verhängt, um die Menschenrechtsverletzungen zu ahnden.

Wir erleben im Iran keinen isolierten Protest, keinen spontanen Aufstand und kein singuläres Ereignis, das sich mit den bekannten Mustern früherer Krisen erklären ließe. Was sich seit Ende Dezember 2025 entfaltet, ist die sichtbare Zuspitzung eines langfristigen Strukturbruchs zwischen Staat und Gesellschaft. Ein Regime, das seine Legitimation verloren hat, versucht seine Macht durch Gewalt, Angst und Informationskontrolle zu konservieren – und scheitert zunehmend daran.

Seit dem 28. Dezember 2025 gehen im Iran täglich Menschen auf die Straße. Nicht nur in Teheran, sondern in nahezu allen Provinzen: von Mashhad bis Shiraz, von Isfahan bis Zahedan. Auslöser waren zunächst ökonomische Faktoren – der kollabierende Rial, explodierende Preise für Grundnahrungsmittel, ausbleibende Löhne. Doch sehr schnell wandelten sich soziale Proteste zu politischen Forderungen. Die Parolen auf den Straßen machen das deutlich: Es geht nicht um Reformen innerhalb des Systems, sondern um dessen Überwindung.

Diese Proteste unterscheiden sich in mehreren Punkten grundlegend von früheren Aufständen. Erstens ist ihre soziale Basis breiter denn je. Frauen, Studierende, Arbeiter, Rentner, ethnische und religiöse Minderheiten treten gemeinsam auf. Zweitens ist der Protest nicht auf urbane Zentren beschränkt, sondern erreicht bewusst auch kleinere Städte und wirtschaftlich marginalisierte Regionen. Drittens ist der Ton unmissverständlich: Forderungen nach dem Ende der Islamischen Republik, offene Angriffe auf Symbole des Regimes und die klare Benennung der Revolutionsgarden als Terrororganisation markieren eine neue Eskalationsstufe.

Die Antwort des Regimes folgt einem bekannten, aber zunehmend verzweifelten Muster. Sicherheitskräfte, Basij-Milizen und die Revolutionsgarden gehen mit massiver Gewalt vor. Verhaftungen erfolgen oft ohne Anklage, Todesurteile werden beschleunigt vollstreckt, um abschreckende Wirkung zu erzielen. Parallel dazu wird der digitale Raum systematisch kontrolliert. Seit Anfang Januar kam es zu flächendeckenden Internetabschaltungen, Drosselungen und gezielten Sperren sozialer Netzwerke.

Diese Maßnahmen dienen nicht nur der Unterbindung von Mobilisierung. Sie erfüllen eine zweite, oft unterschätzte Funktion: Sie verschleiern das Ausmaß der Repression. Opferzahlen, Verhaftungszahlen und die tatsächliche Reichweite der Proteste lassen sich nur noch in Spannweiten angeben. Genau diese Unschärfe ist Teil der Strategie. Informationsknappheit schützt Täter.

Gleichzeitig richtet sich die Gewalt nicht nur nach innen. Außenpolitische Eskalationen, aggressive Rhetorik gegenüber Israel und die Aktivierung von Stellvertreterorganisationen dienen dazu, nationale Geschlossenheit zu simulieren und den Protest als fremdgesteuert zu diskreditieren. Der bekannte Vorwurf lautet: äußere Feinde, westliche Geheimdienste, „zionistische“ Verschwörungen. Diese Narrative sind nicht neu – aber sie verlieren sichtbar an Wirkung.

Hier zeigt sich ein zentraler Punkt dieses Vortrags: Die Krise des iranischen Regimes ist nicht nur politisch oder ökonomisch, sondern epistemisch. Es verliert die Fähigkeit, die Wirklichkeit zu erklären. Seine Narrative greifen nicht mehr. Und genau deshalb greift es immer brutaler zur Gewalt.

Warum ist das für Europa relevant? Weil der Iran kein isolierter Akteur ist. Er ist Teil einer autoritären Konstellation, die Energie, Desinformation und Gewalt systematisch miteinander verbindet. Die Proteste im Iran sind deshalb nicht nur ein inneriranisches Ereignis, sondern ein Gradmesser für die Stabilität einer gesamten Achse autoritärer Systeme.

Wenn wir verstehen wollen, was hier auf dem Spiel steht, müssen wir zurückgehen: zu den historischen Wurzeln dieses Regimes, zu den Fehleinschätzungen seiner Gegner – und zu den blinden Flecken im westlichen Diskurs.

Ich heiße Schoresch Davoodi. Ich studiere Politikwissenschaft und Geschichte. Ich bin im Vorstand von Pirate Parties International und engagiere mich in der AG Außenpolitik der Piratenpartei Deutschland. Als jemand mit iranischen Wurzeln verfolge ich diese Ereignisse nicht nur analytisch, sondern auch sehr persönlich. Meine Vorträge – wie beim Hack The Promise Festival 2024 in Basel über „Fakten und Fiktionen – Wie die Gesellschaft durch Unsicherheit gestresst wird“ oder bei den Tübinger Tagen der digitalen Freiheit 2025 zu „Digitalität und Mündigkeit“ – haben mich immer wieder mit Themen wie Desinformation, gesellschaftlichem Stress und digitaler Mündigkeit konfrontiert. Globale Krisen wie Pandemien, Kriege oder wirtschaftliche Schocks erzeugen kollektiven Stress. Das macht uns anfällig für Manipulation. Politische Reaktionen sind oft symptomorientiert. Sie ignorieren Ursachen wie soziale Ängste. Ich kritisiere NGOs als potenzielle Kontrollinstrumente, die Pluralismus einschränken könnten. Und ich beziehe mich auf Kants Aufklärungstheorie: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

Heute möchte ich mit Ihnen drei große Fragenkomplexe beleuchten: Wie kam es zu diesem Regime – und welche historische Rolle spielten linke Bewegungen dabei? Warum fordern so viele Menschen ausgerechnet jetzt eine konstitutionelle Monarchie – und warum hat das wenig mit Romantik zu tun? Wie führt das Regime seinen Informationskrieg – und warum greifen Teile der westlichen antiimperialistischen Linken genau dieselben Narrative auf?

Lassen Sie uns beginnen. Dieser Vortrag basiert auf einer Synthese aus historischen Analysen, aktuellen Berichten und meiner Expertise in internationalen Konflikten – wie in meinen Publikationen zur Prognose politischer Veränderungen im Iran oder den Schäden des „Schattenspiels“ des Regimes.

Revolution 1979: Die iranische Linke, strategische Naivität und der lange Schatten bis heute (ca. 9 Minuten)

Um zu verstehen, warum sich die heutige Protestbewegung im Iran so klar gegen das gesamte System richtet – und warum sie zugleich so misstrauisch gegenüber vermeintlich „progressiven“ Bündnissen ist –, müssen wir auf die Revolution von 1979 zurückblicken. Nicht als Mythos, nicht als romantisierte Volkserhebung, sondern als politisches Lehrstück über Macht, Ideologie und strategische Blindheit.

Die Revolution als Bündnis – nicht als islamistisches Projekt.

Die Revolution von 1979 war keine rein islamistische Revolution. Sie war ein breites Bündnis gegen das autoritäre System von Mohammad Reza Shah Pahlavi. In diesem Bündnis standen sehr unterschiedliche Akteure nebeneinander: religiöse Netzwerke um Ruhollah Khomeini, liberale Nationalisten, Teile der urbanen Mittelschicht – und vor allem linke Bewegungen.

Zu diesen linken Kräften gehörten die kommunistische Tudeh-Partei, die marxistisch-leninistischen Fedajin-e Khalq sowie die Mojahedin-e Khalq (MEK), die eine eigentümliche Mischung aus Islam, Sozialismus und Antiimperialismus vertraten. Diese Gruppen waren keineswegs marginal. Sie stellten Kader, Organisatoren, Streikführer. Sie lieferten Begriffe, Narrative und Bilder für den Protest.

Der ideologische Kitt dieses Bündnisses war nicht Demokratie, sondern Antiimperialismus. Der Schah galt als Marionette des Westens, insbesondere der USA – gespeist aus der realen Erfahrung des CIA- und MI6-gestützten Putsches von 1953 gegen Premierminister Mossadegh. Diese Erfahrung prägte das

politische Denken ganzer Generationen.

Antiimperialismus als strategischer Kurzschluss.

Hier liegt der zentrale Fehler, der bis heute nachwirkt: Für große Teile der iranischen Linken war der Kampf gegen den Westen wichtiger als der Aufbau belastbarer demokratischer Institutionen. Man ging davon aus, dass der Sturz des Schahs automatisch den Weg zu einer progressiven, gerechten Gesellschaft öffnen würde.

Khomeini wurde in diesem Denken als taktischer Bündnispartner betrachtet, nicht als ideologischer Gegner. Seine religiöse Agenda wurde unterschätzt oder bewusst ausgeblendet. Viele Linke glaubten, sie könnten den revolutionären Prozess nach dem Machtwechsel politisch gestalten. In Wahrheit verfügten die Kleriker über etwas Entscheidendes, das ihren Bündnispartnern fehlte: geschlossene Organisation, religiöse Legitimation und bewaffnete Strukturen.

Während linke Gruppen auf Räte, Parteien und Massenmobilisierung setzten, bauten die Khomeinisten systematisch Parallelstrukturen auf: Revolutionskomitees, Milizen, religiöse Gerichte. Der Antiimperialismus der Linken wurde zur Brücke, über die eine theokratische Machtordnung marschierte.

Machtkonsolidierung und Zerschlagung der Linken.

Nach dem Sturz des Schahs folgte keine pluralistische Ordnung, sondern eine gezielte Machtkonsolidierung. Liberale Kräfte wurden früh marginalisiert, linke Gruppen schrittweise entwaffnet, gespalten und kriminalisiert.

Die Tudeh-Partei wurde 1983 verboten, ihre Führung verhaftet. Die Fedajin zerfielen unter Repression und internen Konflikten. Die MEK wurde zur Hauptzielscheibe des Regimes. Was als politischer Konflikt begann, endete in offener Gewalt.

Der grausame Höhepunkt dieser Entwicklung waren die Massenhinrichtungen des Jahres 1988. Tausende politische Gefangene – darunter zahlreiche Linke – wurden nach minutenlangen Scheinverfahren hingerichtet. Diese Hinrichtungen waren kein Exzess, sondern systematische Säuberung. Die Revolution fraß ihre eigenen Bündnispartner.

Dieses Trauma ist im Iran bis heute präsent. Es prägt das Misstrauen gegenüber ideologischen Großversprechen und erklärt, warum heutige Protestbewegungen extrem sensibel auf Vereinnahmung reagieren.

Der lange Schatten im westlichen Diskurs.

Paradoxerweise lebt ausgerechnet im Westen eine verzerrte Erinnerung an 1979 fort. Teile der politischen Linken erinnern die Revolution bis heute primär als antiimperialistischen Akt – und blenden ihre autoritäre Konsequenz aus.

Das hat konkrete Folgen für den heutigen Diskurs. Das iranische Regime wird in bestimmten Milieus weiterhin als Gegengewicht zum Westen gelesen. Repression wird relativiert, sobald sie in ein geopolitisches Feindbildschema passt. Oppositionelle werden als „vom Ausland gesteuert“ diskreditiert – exakt das Narrativ des Regimes.

Diese Denkmuster sind keine Randerscheinung. Sie strukturieren Debatten über Sanktionen, über Israel, über digitale Zensur und über Energiepolitik. Damit wirken die Fehleinschätzungen von 1979 bis in die Gegenwart hinein.

Prognose und Bestätigung.

Bereits Anfang der 2020er Jahre habe ich darauf hingewiesen, dass das iranische System nicht an Reformfähigkeit leidet, sondern an struktureller Erstarrung. Ein Regime, das sich nur noch über Repression, Parallelapparate und ideologische Loyalität stabilisiert, verliert langfristig jede Anpassungsfähigkeit.

Die heutige Protestbewegung bestätigt diese Diagnose. Sie ist breiter, entschlossener und weniger ideologisch als frühere Wellen. Sie richtet sich nicht gegen einzelne Gesetze, sondern gegen die

Legitimität des gesamten Systems. Sie zieht ihre Lehren aus 1979: keine falschen Bündnisse, kein ideologischer Romantizismus, kein Vertrauen in vermeintlich wohlmeinende Machtakteure.

Damit stellt sich die nächste Frage zwangsläufig: Wenn Reform ausgeschlossen ist, warum hält sich das Regime dennoch so lange? Die Antwort liegt in seiner inneren Struktur – und genau dort setzen wir im nächsten Abschnitt an.

Warum das Regime strukturell nicht reformierbar ist (ca. 10 Minuten)

Nachdem wir die historische Genese der Islamischen Republik und das strategische Scheitern ihrer frühen Bündnispartner betrachtet haben, stellt sich zwangsläufig eine Frage: Warum hält sich dieses Regime trotz massiver gesellschaftlicher Ablehnung, ökonomischer Krise und internationaler Isolation bis heute an der Macht?

Die kurze Antwort lautet: nicht wegen seiner Legitimität, sondern wegen seiner Struktur. Die Islamische Republik ist kein normaler autoritärer Staat, der sich durch graduelle Reformen transformieren ließe. Sie ist ein bewusst geschaffenes System der Machtfragmentierung, das Reform systematisch verhindert.

Zentral für dieses System ist die parallele Architektur von Staat und Revolution. Neben formalen Institutionen – Parlament, Regierung, Justiz – existiert ein Geflecht ideologischer Machtzentren, die diesen Institutionen jederzeit übergeordnet sind. Der Wächterrat kontrolliert Wahlen, der Expertenrat legitimiert den Obersten Führer, religiöse Stiftungen entziehen sich parlamentarischer Kontrolle. Entscheidend noch ist das Korps der Islamischen Revolutionsgarden, das nicht nur militärische, sondern wirtschaftliche, politische und mediale Macht bündelt.

Diese Struktur ist kein Unfall, sondern Absicht. Sie sorgt dafür, dass Macht niemals vollständig in reformorientierte Hände gelangt. Selbst sogenannte Reformpräsidenten operierten stets innerhalb enger roter Linien. Wer diese überschritt, wurde blockiert, entmacht oder – wie im Fall der Grünen Bewegung 2009 – brutal niedergeworfen.

Reformversuche erfüllten dabei eine paradoxe Funktion: Sie stabilisierten das System, indem sie gesellschaftliche Spannungen temporär absorbierten, ohne reale Machtverhältnisse zu verändern. Reform wurde zur Simulation von Wandel. Jede Hoffnung auf Öffnung verlängerte letztlich die Lebensdauer des Regimes.

Ein weiterer zentraler Faktor ist die Gewaltökonomie des Systems. Repression ist nicht nur ein Mittel der Machtsicherung, sondern ein ökonomischer Faktor. Sicherheitsapparate, Milizen und paramilitärische Strukturen profitieren direkt von Instabilität, Sanktionen und Abschottung. Die Revolutionsgarden haben sich zu einem staatsimmanenten Konzern entwickelt – mit Interessen an Schmuggel, Bauprojekten, Energie, Telekommunikation und Rüstung. Frieden, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit würden diese Geschäftsmodelle gefährden.

Hinzu kommt die ideologische Dimension. Die Islamische Republik definiert sich nicht primär über Leistungsfähigkeit, sondern über Feindbilder. Der Westen, Israel, innere "Konterrevolutionäre" – sie bilden die narrative Grundlage der Herrschaft. Reform würde dieses ideologische Fundament untergraben. Ein System, das seine Legitimität aus permanentem Konflikt zieht, kann keinen echten Frieden mit seiner eigenen Gesellschaft schließen.

Diese Faktoren erklären, warum Reformen nicht scheiterten, weil sie schlecht umgesetzt wurden, sondern weil sie systemisch ausgeschlossen sind. Das Regime kann sich nur zwischen Repression und Kollaps bewegen – nicht zwischen Reform und Stabilität.

Für die aktuelle Protestbewegung ist diese Erkenntnis zentral. Sie erklärt, warum die Forderungen heute nicht mehr auf Gesetzesänderungen oder personelle Wechsel zielen, sondern auf einen Systembruch. Sie erklärt auch die tiefe Skepsis gegenüber Vermittlungsangeboten, Dialogformaten oder westlichen Appellen zur Mäßigung.

Und sie erklärt, warum das Regime auf die gegenwärtigen Proteste nicht mit Konzessionen, sondern mit Eskalation reagiert. Ein System, das nicht reformierbar ist, kennt nur eine Antwort auf existenzielle Bedrohung: Gewalt.

Damit sind wir bei der nächsten Frage: Wenn Reform ausgeschlossen ist und das System dennoch überlebt – welche Alternativen werden innerhalb der iranischen Gesellschaft überhaupt als realistisch betrachtet? Und warum rückt ausgerechnet die Idee einer konstitutionellen Monarchie wieder in den Mittelpunkt der Debatte?

Konstitutionelle Monarchie als Übergangslogik: Ordnung vor Ideologie (ca. 8 Minuten)

Wenn in westlichen Medien oder politischen Debatten davon die Rede ist, dass Teile der iranischen Protestbewegung eine Rückkehr zur Monarchie oder die Rolle des Kronprinzen Reza Pahlavi diskutieren, wird das häufig reflexhaft als "Monarchie-Romantik" oder als politischer Rückfall abgetan. Diese Einordnung verkennt sowohl die Realität im Iran als auch die politische Logik hinter dieser Forderung.

Die Debatte um eine konstitutionelle Monarchie ist im Iran keine nostalgische Sehnsucht nach der Vergangenheit, sondern Ausdruck eines tiefen Misstrauens gegenüber ideologischen Heilsversprechen. Sie ist eine Reaktion auf die historische Erfahrung von 1979: Damals führte ein ideologisch aufgeladener Umsturz nicht zu Freiheit, sondern zu einer noch repressiveren Ordnung.

Viele Iranerinnen und Iraner – insbesondere jüngere Aktivistinnen und Aktivisten – suchen deshalb heute nicht nach der „besten Ideologie“, sondern nach einem stabilen Übergangsrahmen. Die konstitutionelle Monarchie wird dabei nicht als Selbstzweck verstanden, sondern als institutionelle Brücke: als temporärer Ordnungsanker, der den Übergang von einem kollabierenden autoritären System zu einer pluralistischen Republik absichern kann.

Entscheidend ist hierbei die Trennung von Symbol und Macht. In den diskutierten Modellen besitzt der Monarch keine exekutive Gewalt. Seine Rolle wäre strikt begrenzt: Garantie der Verfassung, Schutz der Gewaltenteilung, Repräsentation nationaler Einheit. Politische Entscheidungen lägen bei einem demokratisch gewählten Parlament und einer verantwortlichen Regierung.

Diese Logik ist historisch erprobt. Europäische Demokratien wie Spanien nach Franco oder auch das Vereinigte Königreich zeigen, dass eine konstitutionelle Monarchie kein Widerspruch zu demokratischer Freiheit ist – im Gegenteil: Sie kann in Übergangsphasen stabilisierend wirken, indem sie politische Machtkämpfe entideologisiert.

Im iranischen Kontext kommt ein weiterer Faktor hinzu: Reza Pahlavi verfügt über internationale Sichtbarkeit, Netzwerke und eine gewisse Schutzfunktion für die Protestbewegung. Seine Rolle besteht weniger darin, politische Programme vorzugeben, sondern darin, als Projektionsfläche zu dienen, die dem Regime die Möglichkeit nimmt, die Bewegung als führungslos oder extremistisch zu diskreditieren.

Wichtig ist dabei die Klarstellung: Die Forderung nach einer konstitutionellen Monarchie ist kein Angriff auf republikanische Ideale. Sie ist ein pragmatischer Versuch, nach Jahrzehnten von Gewalt, Ideologie und Repression einen geordneten Übergang zu ermöglichen.

Gerade aus europäischer Perspektive sollte diese Debatte ernst genommen werden. Wer Demokratie fördern will, muss akzeptieren, dass Übergänge nicht nach westlichen Wunschbildern verlaufen. Stabilität ist keine Gegenspielerin von Freiheit – sie ist ihre Voraussetzung.

Diese Übergangslogik erklärt auch, warum die Protestbewegung heute so vorsichtig gegenüber externen Einflüssen ist. Sie will keine neue Ideologie importieren, sondern Raum schaffen, damit die iranische Gesellschaft selbst entscheiden kann.

Damit wird klar: Die Frage ist nicht Monarchie oder Republik. Die Frage ist Ordnung oder Chaos. Und genau diese Erfahrung verbindet den Iran mit Europa – und führt uns zum nächsten Abschnitt: dem Informationskrieg, der diese Übergänge gezielt zu verhindern versucht.

Informationskrieg, Zensur und westliche Komplizenschaft (ca. 12–15 Minuten)

Der Informationskrieg des iranischen Regimes ist kein Begleitphänomen der Repression, sondern eines seiner zentralen Machtinstrumente. Er richtet sich nicht nur gegen die eigene Bevölkerung, sondern gezielt gegen offene Gesellschaften im Westen – und gegen deren Fähigkeit, autoritäre Gewalt als solche klar zu erkennen, zu benennen und politisch zu beantworten.

Das Ziel dieser Propagandastrategie ist weniger Überzeugung als Vernebelung. Wie in der Analyse „The Iranian Regime's Propaganda Campaign: An Overview" detailliert beschrieben, geht es dem Regime darum, Diskurse zu fragmentieren, moralische Kategorien zu verwischen und Handlungsfähigkeit zu untergraben. Zweifel sollen gesät, Verantwortlichkeiten aufgelöst und klare Täter-Opfer-Zuordnungen unmöglich gemacht werden.

Zensur als Herrschaftstechnik – innen wie außen.

Im Inneren setzt das Regime auf eine Kombination aus klassischer Repression und digitaler Kontrolle. Internetabschaltungen, Bandbreitendrosselungen, gezielte Sperren sozialer Netzwerke und Überwachungstechnologien gehören längst zum Standardrepertoire staatlicher Gewalt. Kommunikation wird nicht nur eingeschränkt, sondern bewusst destabilisiert: Gerüchte, Desinformation und Angst sollen die Protestbewegung zersetzen.

Doch dieser Informationskrieg endet nicht an den Grenzen Irans. Er wird systematisch nach außen verlängert – in Medienauftritte, akademische Diskurse, NGO-Netzwerke und politische Debatten westlicher Demokratien. Ziel ist es, Deutungshoheit zu gewinnen oder zumindest moralische Eindeutigkeit zu verhindern.

Der Fall Tabatabai: Legitimation von Zensur im westlichen Diskurs.

Ein besonders aufschlussreiches Beispiel hierfür ist der Fall Adnan Tabatabai. Das Blog Übermedien dokumentierte 2022, wie Tabatabai bereits 2017 in einem CNN-Interview die Internetzensur des iranischen Regimes relativierte. Während im Iran soziale Netzwerke blockiert wurden, um Proteste zu unterdrücken, sprach er von angeblich „temporären Maßnahmen" und warnte vor „Fake News" und „gefährlichen Inhalten".

In einem Land, das von Reporter ohne Grenzen als „Feind des Internets" eingestuft wird, ist eine solche Argumentation keine neutrale Analyse, sondern eine funktionale Rechtfertigung autoritärer Kontrolle. Besonders problematisch ist dabei nicht nur der Inhalt, sondern die rhetorische Struktur: Die gleichen Argumentationsmuster – Schutz vor Desinformation, Verantwortung, Sicherheit – finden sich auch in westlichen Debatten über Netzregulierung wieder.

Hier zeigt sich eine gefährliche Überlappung: Autoritäre Zensur wird mit dem Vokabular liberaler Ordnungspolitik legitimiert. Das Ergebnis ist eine diskursive Normalisierung von Kontrolle.

Selektive Empörung und westliche Resonanzräume.

Besonders wirksam wird diese Strategie dort, wo sie auf bestehende Deutungsmuster trifft. Teile der politischen Linken im Westen fungieren hier als unbeabsichtigter Resonanzraum. Nicht aus Sympathie für das Regime, sondern aufgrund tief verankerter Weltbilder: Anti-Amerikanismus, binäre Täter-Opfer-Logik und die Vorstellung, dass nichtwestliche Akteure per se als Opfer westlicher Machtstrukturen zu lesen seien.

In dieses Narrativ passt Israel als zentrales Feindbild perfekt hinein, da es dem Regime ermöglicht, sich als Bollwerk gegen „zionistischen Imperialismus" zu positionieren – ein Framing, das in westlichen antiimperialistischen Kreisen oft auf Resonanz stößt und die Unterdrückung im Iran relativiert. Indem das Regime Israel als ultimative Bedrohung darstellt, lenkt es von inneren Konflikten ab und appelliert an globale Solidaritätsnarrative, die den Nahostkonflikt vereinfachen und die Rolle des Iran als Aggressor ausblenden. Historisch gesehen hatte der Iran unter Khomeini während des Iran-Irak-Kriegs (1980–1988) eine taktische Allianz mit Israel gegen Saddam Hussein, einschließlich Waffenlieferungen über Israel, um den gemeinsamen Feind zu schwächen. Erst nach dem Ende des Kriegs und dem US-geführten Golfkrieg gegen Irak 1991 verschärfte das Regime seine Anti-Israel-Rhetorik, um interne Legitimation zu stärken, regionale Macht zu projektieren und sich als Führer des „Widerstands" gegen den Westen zu inszenieren.

Beispiele für diese Resonanz sind vielfältig und wiederholen sich regelmäßig: Nach jedem iranischen Raketenangriff auf Israel oder nach jedem Angriff durch iranische Stellvertreter (Hisbollah, Huthi, Hamas) finden sich in westlichen linken Foren, sozialen Medien und Teilen der alternativen Presse sofort

Stimmen, die die israelische Selbstverteidigung als „Aggression“ oder „Überreaktion“ brandmarken, während die iranische Rolle als „Widerstand gegen Imperialismus“ glorifiziert wird. Solche Narrative werden oft mit dem Hinweis auf „historische Ungerechtigkeiten“ oder „westliche Doppelmoral“ untermauert – genau die Argumentationslinien, die das Regime selbst seit Jahrzehnten bedient. Dadurch wird die brutale Unterdrückung im Inneren entpolitisiert und in einen größeren „antiimperialistischen Kampf“ eingebettet. Die iranischen Freiheitsbewegungen – vor allem die Frauenbewegung „Frau, Leben, Freiheit“ – werden in diesen Kreisen häufig ignoriert oder sogar als „westlich gesteuert“ abgetan, während die Repression durch das Regime als „notwendige Verteidigung“ gegen äußere Bedrohungen gerechtfertigt wird.

Leider zeigt sich diese Dynamik auch innerhalb demokratischer Strukturen wie bei der Piratenpartei auf nationaler und internationaler Ebene. Obwohl die deutsche Partei eine klare Positionen zu Israel hat – etwa im Statement der AG Außen- und Sicherheitspolitik vom 5. Oktober 2025, das den Hamas-Terror verurteilt und Israels Selbstverteidigungsrecht betont –, gibt es seit dem Überfall der Hamas interne Akteure, die mit allen Mitteln versuchen, pro-israelische Stimmen innerhalb der Partei und aus der internationalen Piratenbewegung herauszudrängen. Hier spiegelt sich im kleinen diesselbe Dynamik wieder welche wir im großen seit dem Überfall der Hamas auf Israel weltweit in den demokratischen Gesellschaften beobachten können. Diese internen politischen Konflikte innerhalb der Piratenbewegung auf nationaler und internationaler Ebene spiegeln wider, wie antiimperialistische Agitation auch in demokratischen Parteien Raum greifen kann. Man sieht es an wiederkehrenden Debatten in Parteiforen, Social-Media-Gruppen und Kanälen und Blogposts auf nationalen und internationalen Parteiseiten, wo Israel als „Apartheidstaat“ oder „imperialistischer Vorposten“ diffamiert wird, während die iranische Repression und das Handeln von Hamas und Hisbollah und Islamismus im allgemeinen generell heruntergespielt oder als „Reaktion auf israelische Provokation“ gerechtfertigt wird. Auch versucht man die Ereignisse im Iran und die Gefahren der Islamismus, nicht nur in der Form der islamischen Republik zu ignorieren oder zu relativiren. Solche Stimmen – national und international – bedienen 1:1 die Narrative des Regimes und untergraben damit die klare Haltung der Partei, die sich für universelle Menschenrechte, gegen Antisemitismus und für die Freiheitsbewegung im Iran einsetzt. Diese Spaltung ist ein Warnsignal: Selbst in einer Partei, die sich explizit für digitale Freiheit und gegen autoritäre Kontrolle positioniert, können solche antiimperialistischen Agitationen die Solidarität mit Unterdrückten im Iran schwächen und den Informationskrieg des Regimes indirekt verstärken.

Dieses Phänomen des selektiven Humanitarismus ist kein Randproblem, sondern ein strukturelles moralisches Defizit.

Gegenpunkt: Piratenpartei International und universelle digitale Rechte.

Genau an diesem Punkt setzt die Positionierung der Pirate Parties International an. Mit der 2026 verabschiedeten Motion „Solidarity with the Iranian Freedom Movement and Against Selective Censorship in Digital Rights Advocacy“ wurde ein klarer Gegenakzent gesetzt.

Die PPI verurteilt darin nicht nur die systematische digitale Repression des iranischen Regimes, sondern auch westliche Formen selektiver Zensur – etwa durch sogenannte „Trusted Flagging“-Mechanismen im Rahmen des Digital Services Act. Die Botschaft ist eindeutig: Wer digitale Freiheit verteidigen will, kann nicht zwischen guten und schlechten Opfern unterscheiden.

Zensur bleibt Zensur – unabhängig davon, ob sie religiös, autoritär oder technokratisch begründet wird. Wer im Iran Internetabschaltungen beklagt, darf im Westen nicht gleichzeitig diskursive Gatekeeper verteidigen.

Neutralität ist keine neutrale Position.

Neutralität in asymmetrischen Gewaltverhältnissen ist keine neutrale Haltung. Wer angesichts systematischer Repression primär über „Kontexte“ spricht, aber Täter nicht klar benennt, übernimmt faktisch die Sprache der Macht.

Der Informationskrieg des iranischen Regimes funktioniert genau deshalb so gut, weil er auf diese moralische Unschärfe setzt. Er braucht keine Mehrheit – ihm reicht Zweifel.

Und genau deshalb ist Klarheit hier keine Option, sondern eine Pflicht.

Wer die Sprache der Autokraten übernimmt, stabilisiert ihre Macht – und wer ihre Machtstrukturen ignoriert, wird Teil ihres Systems.

Genau an diesem Punkt endet der Blick auf Zensur, Narrative und Diskurs. Denn autoritäre Systeme existieren nicht isoliert. Sie vernetzen sich, sie lernen voneinander, und sie koppeln Repression nach innen mit strategischer Erpressung nach außen. Damit sind wir bei der größeren geopolitischen Struktur, in der das iranische Regime agiert.

Die Achse der Autokratien: Iran, Russland, China und Energie als Machtinstrument (ca. 7 Minuten)

Der Iran ist kein isolierter Schurkenstaat, sondern ein integraler Bestandteil einer sich verfestigenden autoritären Achse. Russland, Iran und China bilden kein formales Bündnis, wohl aber eine funktionale Zweckgemeinschaft. Sie eint kein gemeinsames Wertesystem, sondern ein gemeinsames Interesse: die Schwächung liberaler Demokratien, die Fragmentierung westlicher Bündnisse und die Umwandlung ökonomischer Abhängigkeiten in politische Hebel.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert in dieser Konstellation einen qualitativen Wendepunkt. Iranische Drohnenlieferungen an Russland, militärtechnologische Kooperation und diplomatische Rückendeckung zeigen, dass Teheran längst bereit ist, seine regionale Rolle zugunsten globaler Machtprojektion auszuweiten. Für Russland wiederum ist der Iran ein nützlicher Partner, um Sanktionen zu umgehen, Waffen zu beschaffen und antiwestliche Narrative zu verstärken.

China nimmt in dieser Achse eine besondere Rolle ein. Peking ist weder ideologisch islamistisch noch religiös motiviert. China agiert strikt machtpolitisch. Für die chinesische Führung ist der Iran ein strategischer Faktor innerhalb der Belt-and-Road-Initiative: als Transitstaat, als Energielieferant, als geopolitischer Hebel gegen westlichen Einfluss im Nahen Osten. Diese Beziehung ist asymmetrisch. China ist der dominante Akteur, der Iran ein Juniorpartner mit begrenztem Handlungsspielraum.

Zentral ist dabei der Faktor Energie. Iran verfügt – nach Russland – über die zweitgrößten Erdgasreserven der Welt. Diese Ressource ist nicht nur wirtschaftlich relevant, sondern politisch hochgradig strategisch. Im iranischen System wird das Erdgasgeschäft maßgeblich von den Revolutionsgarden kontrolliert. Energieerlöse fließen somit nicht primär in zivile Entwicklung, sondern in Repression, regionale Stellvertreterkriege und den Ausbau des Sicherheitsapparates.

Gemeinsam mit Russland und Katar entsteht so ein geopolitisches Dreieck der Energieerpressung. Staaten, die sich auf fossile Importe aus autoritären Systemen verlassen, begeben sich in strukturelle Abhängigkeit. Diese Abhängigkeit wird nicht immer offen ausgespielt – aber sie ist jederzeit abrufbar. Preisschocks, Lieferdrosselungen oder politische Konditionierung sind keine theoretischen Risiken, sondern erprobte Instrumente.

Für Europa bedeutet das: Energiepolitik ist Sicherheitspolitik. Wer diesen Zusammenhang ignoriert, macht sich erpressbar. Wer glaubt, man könne Autokratien durch Handel zivilisieren, verkennt die Lektionen der letzten zwanzig Jahre. Die Achse der Autokratien lebt nicht von Isolation, sondern von asymmetrischer Verflechtung.

Europäische nukleare Grundsicherung: Freiheit braucht Struktur (ca. 10–12 Minuten)

Wenn wir bis hierhin eines gelernt haben, dann dies: Autoritäre Systeme sichern ihre Macht nicht nur mit Gewalt und Propaganda, sondern mit Abhängigkeiten. Abhängigkeiten von Energie, von Rohstoffen, von Handelswegen – und von der Bereitschaft demokratischer Gesellschaften, diese Abhängigkeiten aus Bequemlichkeit oder ideologischer Selbstberuhigung zu akzeptieren.

Der Iran ist dafür ein Lehrbuchbeispiel. Das Regime ist nicht nur ein repressiver Sicherheitsstaat, sondern ein Energieakteur mit geopolitischem Hebel. Der Iran verfügt über die zweitgrößten Erdgasreserven der Welt. Entscheidend ist dabei nicht allein die Ressource, sondern wer sie kontrolliert. Und im Iran liegt das Erdgasgeschäft in zentralen Teilen in den Händen der Revolutionsgarden. Energie, Repression und Außenpolitik sind dort keine getrennten Sphären – sie bilden ein integriertes Machtinstrument.

Dieses Muster beschränkt sich nicht auf den Iran. Russland hat über Jahre hinweg europäische Abhängigkeiten aufgebaut und sie anschließend offen zur politischen Erpressung genutzt. Katar agiert subtiler, aber ebenfalls strategisch – über langfristige Lieferverträge, als politische Einflusskanäle und als gezielte Nutzung von Engpässen. Das verbindende Muster lautet: Energieabhängigkeit erzeugt politische Erpressbarkeit.

Genau an diesem Punkt wird die europäische Dimension sichtbar. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine sprach Bundeskanzler Scholz von einer Zeitenwende. Gemeint war eine sicherheitspolitische Zäsur: Aufrüstung, Resilienz, strategische Autonomie. Doch diese Zeitenwende droht an einer Stelle zu scheitern, über die zu selten offen gesprochen wird – an der Energiepolitik.

Was nützt militärische Abschreckung, wenn die industrielle Basis erodiert? Was nützt sicherheitspolitische Entschlossenheit, wenn explodierende Energiepreise Verteidigungsfähigkeit, Digitalisierung und industrielle Resilienz untergraben? Hier liegt der Kern der Diagnose: Die Energiewende darf nicht die Zeitenwende fressen.

Wenn von einer europäischen nuklearen Grundsicherung die Rede ist, geht es ausdrücklich nicht um nukleare Bewaffnung und nicht um einen Ersatz bestehender Abschreckungsarchitekturen. Gemeint ist eine gemeinsame, paneuropäische zivile Energieinfrastruktur, die verlässliche, planbare und hochverfügbare Grundlast bereitstellt. Ihre sicherheitspolitische Relevanz liegt nicht in Waffen, sondern in Handlungsfähigkeit.

Eine solche Grundsicherung stabilisiert Energiepreise, schützt industrielle Substanz und schafft Planungssicherheit für Wirtschaft, Digitalisierung und Verteidigungsfähigkeit. Sie entlastet zugleich Frankreich und das Vereinigte Königreich, die heute einen überproportionalen Anteil nuklearer Infrastruktur tragen. Gerade in den Zeiten von Trump und der Unsicherheit der NATO bilden Frankreich und das Vereinigte Königreich zusätzlich die nukleare Garantie und Abschreckung für unsere gemeinsame europäische Freiheit. Eine europäische Lastenteilung stärkt Autonomie und Bündnisfähigkeit gleichermaßen.

Als Piraten sagen wir klar: Freiheit ist universell oder sie ist nichts. Wir stellen uns gegen Autokratien – nicht selektiv, sondern konsequent. National wie international kämpfen wir für digitale Freiheit, gegen Zensur, gegen autoritäre Einflussnahme und gegen energiepolitische Naivität.

Der Iran erinnert uns daran, dass Freiheit verteidigt werden muss, bevor sie verloren geht. Europa hat die Mittel dazu. Was fehlt, ist nicht Wissen – sondern der Wille, Verantwortung zu übernehmen.

Schluss: Verantwortung übernehmen – was der Iran Europa über Freiheit lehrt (ca. 5 Minuten)

Der Iran zeigt uns mit brutaler Klarheit, was geschieht, wenn autoritäre Systeme ihre Legitimation verlieren: Sie reagieren nicht mit Reform, sondern mit Gewalt. Nicht mit Dialog, sondern mit Zensur. Nicht mit Selbstkritik, sondern mit äußerer Aggression. Repression nach innen und Eskalation nach außen sind keine Ausrutscher – sie sind das logische Endstadium eines Systems, das sich nur noch durch Kontrolle erhält.

Für Europa ist das keine ferne Tragödie, sondern ein Spiegel. Denn auch wir stehen vor der Frage, ob wir Freiheit nur rhetorisch verteidigen – oder strukturell absichern. Freiheit ist kein moralischer Zustand, den man beschwört. Freiheit ist eine Frage von Handlungsfähigkeit, von Resilienz, von realen politischen und ökonomischen Voraussetzungen.

Der Iran macht sichtbar, was passiert, wenn Energieabhängigkeit, Informationskontrolle und geopolitische Erpressung zusammenspielen. Wer sich erpressbar macht, verliert politische Souveränität. Wer Diskurse vernebelt, verliert Urteilskraft. Wer glaubt, man könne Menschenrechte verteidigen und zugleich strukturelle Abhängigkeiten ignorieren, verkennt die Realität des 21. Jahrhunderts.

Deshalb gilt für Europa: Energiepolitik ist Sicherheitspolitik. Wer diesen Zusammenhang ignoriert, macht sich erpressbar. Wer glaubt, man könne Autokratien durch Handel zivilisieren, verkennt die Lektionen der letzten zwanzig Jahre. Die Achse der Autokratien lebt nicht von Isolation, sondern von asymmetrischer Verflechtung.

Der Iran erinnert uns daran, dass Freiheit verteidigt werden muss, bevor sie verloren geht. Europa hat die Mittel dazu. Was fehlt, ist nicht Wissen – sondern der Wille, Verantwortung zu übernehmen.

Vielen Dank. Ich freue mich sehr auf Ihre Fragen und die Diskussion.

[Ende – ca. 60 Minuten]